NIEDERSCHRIFT
der 40. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
- TOP 5 gemeinsam mit Ortschaftsräten Reichardtswerben und Tagewerben
am 17.08.2023

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal, Am Kloster 1, Weißenfels

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 5 Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 12 "Solarpark am Schkortelbach" des Ortsteiles Tagewerben zur Ermöglichung der Errichtung und des Betriebes einer Wasserstoff-Produktionsanlage 125/2023
- TOP 6 Beantwortung von Anfragen
- TOP 7 Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- TOP 1 Informationen über Vergaben
- TOP 2 Beantwortung von Anfragen
- TOP 3 Mitteilungen und Anfragen
- TOP 4 Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Rauner eröffnet die Sitzung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 12 Stadträte und 2 sachkundige Einwohner anwesend. Damit ist der Stadtentwicklungsausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung festgelegt.

Unter mehrheitlicher Zustimmung der Stadträte wird festgelegt, dass den Ortschaftsräten Reichardtswerben und Tagewerben sowie den zahlreich vertretenen Bürgern ein Rederecht im TOP 5 eingeräumt wird.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 12.06.2023 wird mit 3 Enthaltungen der Stadträte und einstimmig von den sachkundigen Einwohnern bestätigt.

5. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 12 "Solarpark am Schkortelbach" des Ortsteiles Tagewerben zur Ermöglichung der Errichtung und des Betriebes einer Wasserstoff-Produktionsanlage

Herr Bumann führt in den Sachstand ein. Die Firma Wasserstoff Weißenfels GmbH beantragt eine Änderung des bestehenden Bebauungsplans. Dieser sieht derzeit ausschließlich den Aufbau von Photovoltaikanlagen vor. Mit einer Änderung des Bebauungsplans wird die Grundlage für die Errichtung der geplanten Wasserstoffproduktionsanlage geschaffen.

Der Stadtentwicklungsausschuss hat für die B-Plan-Änderung eine Empfehlung abgegeben, diese aber an die Bedingung geknüpft, dass die Ortschaftsräte diesem Vorschlag auch folgen. Die Ortschaftsräte Reichardtswerben und Tagewerben haben sich in den Sitzungen im September 2022 gegen die Pläne ausgesprochen.

Eine Diskussion und Abstimmung des Stadtrates das Thema fand nicht statt, da der Tagesordnungspunkt zurückgezogen wurde.

Der Firma Wasserstoff Weißenfels GmbH wurde empfohlen, zeitnah Gutachten einzuholen, auf deren Grundlage die Bedenken der Bürger hinsichtlich zu geringer Entfernung von Wohngebieten und möglicher Lärmbelastigung entkräftet werden können. Einem Angebot zur Besichtigung einer Produktionsstätte im tschechischen Dubá folgten interessierte Ortschaftsräte, um sich die Sicherheitsvorkehrungen und den Produktionsablauf anzuschauen.

Zur heutigen Sitzung sind die Ortschaftsräte Reichardtswerben und Tagewerben eingeladen, ebenso wie die Vertreter der Wasserstoff Weißenfels GmbH.

Herr Schuon informiert über die Firmengeschichte. Derzeit werden eine Spedition und eine Photovoltaik-Anlage (PV-Anlage) an der B91 betrieben. Weitere Anlagen sind in anderen Bundesländern eingerichtet.

Herr Schuon wird vom Geschäftsführer der Wasserstoff Weißenfels GmbH Herrn Schmidt, dem Generalauftragnehmer für die Errichtung der Wasserstoffproduktionsanlage Herrn Dirkes und Herrn Braun vom Planungsbüro begleitet.

Herr Schuon wirbt für die Zustimmung zur Errichtung der Anlage, die Wasserstoff in Lebensmittelqualität erzeugt. Er versichert, dass die An- und Abfahrt der Liefer-LKW nicht durch die Ortschaften erfolgt, sondern ausschließlich über die B91 und die A9/A38.

Für die Stadt Weißenfels werden Einnahmen aus Gewerbesteuern in Höhe von ca. 11 Mio. Euro prognostiziert.

Herr Dirkes ist überzeugt davon, dass der technische Fortschritt genutzt werden sollte, diese Anlage zu errichten und damit die umweltschädliche Verbrennung von nicht recycelbarem Abfall zu verringern.

Dieser Abfall wird für die Wasserstoffproduktion verwendet. Die Energie für die Anlage wird aus der vorhandenen PV-Anlage gewonnen.

Er erläutert die technischen Verfahrensabläufe und bittet darum, die Chance zu nutzen, vor Ort eine solche Anlage aufzubauen.

Herr Günther stellt die Frage nach dem Betreiber der Anlage und ob Fördermittel erforderlich sind. Er möchte Informationen zum Businessplan, insbesondere dazu, wann mit der Einnahme der Gewerbesteuer für die Stadt gerechnet werden kann.

Zur Aussage, dass die Stromversorgung der Wasserstoffproduktionsanlage über die vorhandene PV-Anlage erfolgen soll, gibt Herr Günther zu bedenken, dass Leitungsnetze der Stadtwerke das Gelände tangieren.

Herr Schuon teilt mit, dass die Firma Wasserstoff Weißenfels GmbH Betreiber der Produktionsanlage ist. Die Firma ist ein eigenständiges Unternehmen mit Sitz in Weißenfels.

Wenn durch den Stadtrat die Beschlussfassung dahingehend erfolgt, dass der B-Plan geändert wird, dann werden die weiteren Planungswege besprochen und die Angaben zum Produktionsstart präzisiert. Das Antragsverfahren für die Produktionsstätte ist sehr umfangreich.

Herr Klitzschmüller bezieht sich auf die benannten hohen Temperaturen im Produktionsablauf und möchte wissen, wie hoch der Wasserverbrauch für die Kühlung wird.

Herr Dirkes erläutert, dass Wasser zum Kühlen gebraucht wird, dieses aber auch aus den zu verarbeitenden Stoffen gewonnen wird. Die Stoffe bestehen zu mindestens einem Viertel aus Wasser, dieses wird entzogen und weiter genutzt.

Die Frage eines Einwohners bezieht sich auch auf die Herkunft des benötigten Wassers. Das aus den Stoffen gewonnene Wasser kann nicht ausreichend für die Produktionsanlage sein.

Herr Riemer sieht die genannten Produktionszahlen und die möglichen Erlöse für Wasserstoff gegenteilig zur Höhe der errechneten Gewerbesteuer an und bezweifelt die Wirtschaftlichkeit.

Herr Uhle dankt der Verwaltung, dass diese Veranstaltung unter Einbeziehung aller Beteiligten organisiert wurde. Somit erhalten sie die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen und Bedenken zu äußern. Es ist nicht so, dass sich Reichardtswerben gegenüber neuen Technologien verschließt, aber im aktuellen Fall sind die Sicherheits- und Lärmschutzbedenken doch sehr hoch. Die Produktionsanlage soll sehr nah an Wohnbebauung entstehen. Es geht bei der zu treffenden Entscheidung um Menschen, Heimat und Lebensqualität.

Die Einwohner der beiden Ortschaften äußern ihre Bedenken zusammengefasst wie folgt:

- es kann hochgiftige Blausäure entstehen, wenn der Abfall nicht schnell genug auf höchster Stufe erhitzt wird
- der Grundwasserspiegel sinkt besorgniserregend, wenn dazu noch eine Produktionsstätte Wasser zieht, dann verstärkt sich das Problem
- laut Gutachten wird Schall abgeleitet – Warum wird dann eine Lärmschutzwand benötigt?

Antwort von Herrn Dirkes: Diese Wand wird gebaut, um die Lautstärke der Transportbewegungen nach außen einzudämmen. Schall im Gebäude wird im Inneren des Betriebes gehalten.

(Frau Scheunpflug geht – ab jetzt 11 Stadträte)

Es wird von den Gremien der Stadt erwartet, die Entscheidung verantwortungsbewusst zu treffen und die Bedenken der Einwohner in die Überlegungen einzubeziehen.

Herr Wanzke sieht die bisher getätigten Auskünfte zur Produktionsstätte zum Teil als sehr widersprüchlich und wenig geeignet, der Errichtung zuzustimmen.
Nach seiner Meinung wird auch zu wenig darüber informiert, ob die ortsansässigen Feuerwehren in der Lage sind, mögliche Gefahrenlagen zu bekämpfen.

Nach aktuellem Stand ist die Erzeugung von Wasserstoff wohl nur rentabel mit hohen Zuschüssen. Hier stellt sich die Frage, was mit der Anlage ist, wenn diese Zuschüsse nicht fließen.

Herr Patzschke sieht einen Fehler darin, die Bemühungen um die Errichtung einer modernen Wasserstoffproduktionsanlage im Keim zu ersticken.
Wenn der Bebauungsplan geändert wird und dort nicht mehr nur Solarflächen errichtet werden dürften, so wäre auch die Ansiedlung anderer Industriezweige auf dem in Rede stehenden Plangebiet möglich.
Eine Entscheidung für die B-Plan-Änderung zieht noch nicht mittelbar die Errichtung der Wasserstoffproduktionsanlage nach sich. Es wäre aber die Voraussetzung, damit für dieses Vorhaben weiter intensiv geplant werden kann.
Das Genehmigungsverfahren unter Beteiligung aller zuständigen Behörden wird noch einmal einen großen Zeitraum in Anspruch nehmen.

Frau Veith zieht aus der heutigen Diskussion die Bilanz, dass es bei der Ablehnung durch die Ortschaftsräte Reichardtswerben und Tagewerben bleibt.

Sie möchte wissen, ob die Firma bereits vergleichbare Anlagen in Deutschland betreibt.

Herr Dirkes teilt mit, dass in Deutschland 3 Genehmigungsverfahren laufen. In Bitburg, Goslar und Troisdorf bei Köln.

Bezogen auf die Bedenken von Herrn Wanzke hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der örtlichen Feuerwehren im Havariefall informiert Herr Dirkes, dass bei auftretenden Problemen die Anlage sofort abgeschaltet wird und somit keine Gefahrenlage entsteht.

Er sieht ein größeres Risiko in der Lagerung von Gasflaschen als gegenüber Wasserstoffbehältern.

Herr Reichel befürwortet die Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses vom September 2022, der B-Plan-Änderung nur unter dem Vorbehalt zuzustimmen, dass die Ortschaftsräte diese Entscheidung mittragen.

Die heutige Diskussion ist wichtig für die Entscheidung des Stadtrates, wenn es die Akzeptanz vor Ort nicht gibt, dann sollte auch nicht dagegen entschieden werden.

(Herr Klitzschmüller geht – ab jetzt 10 Stadträte)

Weitere Einwohner melden sich zu Wort und sprechen an, dass sie den zu erwartenden LKW-Verkehr problematisch sehen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen wird mit der Bauphase beginnen und nach Fertigstellung der Produktionsanlage mit dem Lieferverkehr so weitergehen. Es stellt sich hier die Frage, wie die Zufahrt geregelt werden soll. Die zur Nutzung angesprochene Kreuzung an der B91 müsste dementsprechend ausgebaut werden. Zu klären wäre hier auch, wer für die Kosten aufkommt.

Es sind noch weitere Fragen offen, so zum Beispiel:

- was für Abfälle werden tatsächlich angeliefert und verarbeitet
- warum siedelt sich die Firma nicht in einem Industriegewerbegebiet an, hier würde sich Leuna III eignen, was derzeit entwickelt wird und unweit vom geplanten Standort liegt
- was für Wassermengen werden benötigt, wieviel Abwasser fällt an
- wie viele Container Wasserstoff und angelieferte Abfälle werden auf dem Firmengelände gelagert

Insgesamt sprechen sich die Bürger nicht gegen die Produktion von Wasserstoff aus, sondern dagegen, dass die Errichtung der Produktionsanlage in unmittelbarer Wohnbebauung stattfindet und die Informationen der Bürger über mögliche Gefahren als nicht ausreichend eingeschätzt werden.

Es wird darum gebeten, die Umsetzung des Solarparks zu prüfen, um in einem reinen Industriegebiet die Wasserstoffproduktionsanlage zu errichten und mit eigenem Solarstrom betreiben zu können.

In Wohnortnähe sollten keine weiteren Flächen versiegelt werden, sondern den Bauern zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen. Die Ortschaften Reichardtswerben und Tagewerben sollen lebenswerte ländliche Bereiche bleiben.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass es zum jetzigen Zeitpunkt darum geht, den B-Plan dahingehend zu ändern, dass andere Ansiedlungen als nur Solarfelder entstehen dürfen.

Der geänderte B-Plan ist dann die Grundlage für den Start des Genehmigungsverfahrens für die Wasserstoffproduktionsanlage. Daran sind einige Behörden beteiligt. Wenn die Anlage geprüft und abschlägig beschieden wird, dann kann sie nicht gebaut werden. Aber der Weg wäre durch die B-Plan-Änderung für andere Firmenansiedlungen frei.

Wenn die Anlage geprüft wird und alle Behörden schließen Gefahrenpotential aus, dann sollte erneut über die Errichtung abgestimmt werden.

Abschließend führt ein Bürger aus, dass ihm nach der Diskussion und den Erläuterungen immer noch zu viele Dinge ungeklärt sind und dieses Vorhaben auch seine Zustimmung nicht findet.

Herr Papke teilt mit, dass unabhängig vom Projekt das Format einer gemeinsamen Diskussion so fortgeführt werden sollte, damit die Ortschaftsräte, die Bürger und die städtischen Gremien ihre Meinungen austauschen können, bevor grundlegende Entscheidungen für die Ortschaften getroffen werden.

6. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antwort der Verwaltung liegt schriftlich vor:

AF 107/2023 - Stand Bauvorhaben Seniorenwohnpark Naumburger Str. – Ecke Deichstr.

7. Mitteilungen und Anfragen

Herr Wolter bezieht sich auf das von der Feuerwehr übergebene Mängelschreiben nach Abschluss der Baumaßnahmen am Feuerwehrgerätehaus. Regenwasser läuft in die Fahrzeughalle hinein. Bisher erfolgte seitens der Verwaltung keine Reaktion auf das Schreiben.

Herr Wolter möchte wissen, was die Verwaltung zum Abstellen der Mängel unternimmt.

Herr Bumann teilt mit, dass die Mängelliste innerhalb der Verwaltung besprochen wurde und Arbeiten zum Verlegen eines Regenwasserablaufs beauftragt worden sind.

Herr Wanzke möchte wissen, wie sich der Sachstand um die Versorgung mit Glasfaserkabel darstellt. Vor geraumer Zeit hat sich eine Firma im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt und die Verfahrensweise beschrieben.

Herr Bumann informiert darüber, dass sich zwischenzeitlich mehrere Firmen bei der Stadt gemeldet haben, die eine Versorgung mit Glasfaserkabel anbieten.

Der aktuelle Plan sieht vor, dass sich die Stadt auf einem eigens dafür geschaffenen Online-Portal anmeldet und sich dort Firmen bewerben, die eine Versorgung anbieten.

Hier sieht es Herr Wanzke als wichtig an, dass dafür Sorge getragen wird, dass im Stadtgebiet keine großen Preisunterschiede durch verschiedene Anbieter entstehen.

4. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Manfred Rauner
Vorsitzender

Heike Bechmann
Protokollführerin